

Dresdner Volkszeitung

Verlagsstelle: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verlagsstelle: Gebr. Knobloch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altsadt

Bezugspreis einschließlich Frangierlohn monatlich 2000.— M., durch die Post bezogen monatlich 2000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 750.— M., Einzelnummer 80.— M., Sonnabendnummer 100.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die halbpaltene Nonpareilzeile 20.— M., auswärts 250.— M., die halbpaltene Kleinzeile 600.— M., auswärts 1000.— M., Ausland 1600 u. 2000 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Brieflieferungen 60 M.

Nr. 33

Dresden, Donnerstag den 8. Februar 1923

34. Jahrg.

Parteiegoismus — oder Klasseninteresse

Von Arbeitsminister P. Rißau

In der Beschimpfung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei und ihrer Vertrauensleute haben bisher die kommunistischen Führer das Menschendmögliche geleistet.

Ihre Kritik ist maßlos und schreit vor keiner Uebertreibung zurück. Sie legen ihrer notorischen Redelust gegenüber den eigenen Klassengenossen weniger Zügel an, als in den Debatten mit bürgerlichen Parteivertretern. Wie oft habe ich anderseits im sächsischen Parlament wie in Reichstage die Beobachtung gemacht, daß man in schmähenden, verletzenden Jurisfen gegenüber sozialdemokratischen Klassengenossen Entwürfung munt, um im nächsten Augenblick auf irgend einen Vorgang hier gerade heraus zu lachen.

Wer Jahrzehnte im politischen Kampfe steht, ist abgehärtet, die asiatischen Formen jedoch, in der ein großer Teil der kommunistischen Führer politische Auseinandersetzungen mit Andersdenkenden pflegt, wirken mehr als abstoßend. Wäre in jenen Reden ein Funken wirklichen Klassengefühl vorhanden, so müßte das allein sie vor schändlichen Ausschreitungen bewahren.

Nur mit einem schmerzlichen Gefühl erinnere ich mich des Parteitagess der U. S. P. D. in Halle und damit zugleich des Weltmeisters der politischen Verlogenheit und Lehrmeisters der deutschen Kommunistenführer, Sinowjew, des Mannes, der die Moskauer Parole: im politischen Kampfe ist jedes Mittel recht — wortwörtlich nahm. An der vom proletarischen Klassenstandpunkt politisch-sittlichen Entartung in Deutschland tragen auch die Moskauer in der Teil Schuld.

Die deutschen Vertreter der 21 Moskauer Bedingungen haben keinen Sinn dafür, daß man mit der Schmähung der eben erst gewählten sozialdemokratischen Führer in Sachsen, die proletarischen Massen selbst beschimpft.

Kaum hat das sächsische Proletariat seinen Willen durch eine willkürliche Wahl zum Landtage kundgetan, da stürzt man die Regierung und unterbindet die Tätigkeit des sächsischen Parlaments.

Das ist keine Angelegenheit von Personen, sondern trifft die Massenpartei des deutschen Proletariats, die Sozialdemokratie. Den Sturz der sächsischen Regierung lassen die sozialdemokratischen Arbeiter, Angestellten und Beamten als einen Schlag gegen sich selbst auf. Das muß überall zum Ausdruck kommen.

Die kommunistischen Führer weisen in ihrer letzten Erklärung im Landtage zur Ministerpräsidentenwahl selbst hin auf die „gefährliche Lage, zugehörte politische Lage“ und erklären zugleich: „der Zweifrontenkrieg gegen den französischen Imperialismus und die deutsche bestehende Klasse erfordert eine festgeschlossene Einheitsfront.“ Sie fordern eine „Arbeiterregierung“ und lehnen im gleichen Augenblick den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten ab, obwohl sie wissen, daß dieser der Vertrauensmann von Millionen sozialdemokratischer Arbeiter ist.

Die Kommunisten kennen die Gegensätze zwischen Reich und den Freistaat Sachsen in politischen, wirtschaftlichen und anderen Fragen und behaupten dreist: „die bisherige sächsische Regierung unterstützte offen die Politik der Reichs-

regierung“. Die kommunistischen Parteileute kennen auch die Grenzen, die der sächsischen Regierung durch Verfassungen und andre Gesetze gesetzt sind, und inwiefern eine Abhängigkeit vom Reiche gegeben ist.

Die kommunistischen Führer kennen aber auch die ungeheuerliche Not weiter Arbeiterschichten Sachsens, denn sie weisen in ihrer letzten Erklärung selbst auf „Teuerung und Arbeitslosigkeit“ hin.

Die sächsische Regierung hat in Sachen der Erwerbslosenfürsorge bisher die Initiative gehabt und schon im Dezember d. J. beim Reiche eine Erhöhung der damaligen Unterstützungssätze auf 900 M. für Dreiklasse A angestrebt.

Daneben wurde sächsischerseits dauernd auf den Wegfall der Höchstgrenze — leider ohne Erfolg — hingearbeitet.

Die Beseitigung der Parteizeit ist gleichfalls eine alte Forderung der sächsischen Regierung. Ebenso ist unser Bestreben darauf gerichtet gewesen, die Spannungen zwischen den einzelnen Dreiklassen beim Reiche aufzulösen.

Bedingt durch die ungeheuerlichen Steigerungen der Preise aller Lebensbedürfnisse war es selbstverständlich Pflicht der sächsischen Regierung, für die Erwerbslosen einzutreten. Ein neuer Initiativantrag Sachsens sollte auf eine gleiche Forderung des sächsischen Landtags mit gestützt werden. Neben einer angemessenen Erhöhung sollte dem jetzigen Zustande der Verschleppung aller Erhöhungsanträge ein Ende bereitet werden, durch eine automatische Anpassung an die Teuerungsverhältnisse. Der bisherige schwerfällige Instanzenweg sollte verlassen und ähnlich der Regelung der Beamtengehälter eine gleitende Erwerbslosenunterstützung gefordert werden.

Die Anträge der sozialdemokratischen Landtagsfraktion für die Erwerbslosen und Sozialrentner bewegen sich in diesen Bahnen. Zwei Veratungen des Haushaltsausschusses B des sächsischen Landtags vom 16. und 23. Januar befaßten sich mit dieser Materie. Die Dringlichkeit wurde allseitig anerkannt, die Kommunisten produzierten selbst fünf Anträge.

Die Dringlichkeit allein dieser Arbeit — von allen andern wichtigen geschehensreichen Fragen auf andern Gebieten abgesehen — hinderte die Kommunisten nicht, die Tätigkeit des Landtags und der Regierung zu unterbinden und zu hemmen. Hier war positive Arbeit für die hungernden Klassenangehörigen in Sachsen gegeben.

Anwärtinnen verlaufen die Erwerbslosen die letzten Mäße, schreien zu Demonstrationen, Lebensmittelrequisitionen, Geldsammlungen und sonstiger „Selbsthilfe“, indes die kommunistischen Führer in Verlogenheit, Verammungen und Breche ihre Schindelforgien loslassen über den Verrat sozialdemokratischer Führer „an den elementarsten Klasseninteressen des Proletariats“.

So führt englischer Parteiegoismus zur wirklichen Schädigung der Klasseninteressen der sächsischen beschafften Bedürftigen.

zwei ihre Wirkung ausüben, ist verständlich. Damit gleitet man allmählich in einen Zustand hinein, der einer Art ungewolltem Generalstreik gleichkommt. Berücksichtigt man ferner, daß Frankreich beabsichtigt, die Ausfuhr sämtlicher Industrieerzeugnisse aus dem belebten in das unbeliebte Deutschland zu unterbinden, so ergibt sich, daß eine effektive Blockade eintreten wird. Demgegenüber dürfte die völlige Restriktion weiterer Formen zu suchen gezwungen sein, die der neuen verheerenden Sachlage entsprechen. Da die Arbeiter in vorderster Front den Abwehrkampf zu führen haben, werden die Gewerkschaften erneute Beratungen über die weitere Taktik pflegen. Von der Regierung ist vor allem zu fordern, daß sie für ausreichende Nahrungsmittel Sorge trägt und politisch keine Fehler macht, auf daß nicht der tolle Nationalismus und Chauvinismus alles verdirbt und schließlich die Lage hoffnungslos wird.

Aufruf der Bergarbeiterverbände

Offen, 7. Februar. Die Bergarbeiterverbände haben einen Aufruf erlassen, in dem sie eingangs darauf hinweisen, daß der Abwehrkampf im Ruhrgebiet in ein neues Stadium eingetreten ist. Nach den täglich zunehmenden Fällen schwerer Eingriffe in Betriebsleben und Arbeitsverhältnisse, nach den Verhaftungen und Wundhandlungen, nach den brutalen Gewalttaten, die bereits mehrere Menschenleben kosteten, nach der Kohlenperre über das unbeliebte Deutschland, nach der Beschlagnahme selbst der den Bergarbeitern für ihren eigenen Haushalt zutreffenden Kohlen scheinen es die militärischen Gewaltthäter Frankreichs jetzt darauf abgesehen zu haben, daß das Ruhrgebiet der Schaulager blutiger Kämpfe werde. Zu dem Zwecke wird versucht, durch Spionage und ihre Helfershelfer auf den verschiedenen Schachtlagen in Ruhe zu provozieren. Versteht man auch an die Verhältnisse der Mitglieder heranzutreten, um durch Beschlagnahme von täglich 20 000 M. besondere Auskünfte zu erhalten. Der Aufruf stellt fest, daß die Verträge mit Unterstützung abgewiesen wurden, und warnt die einzelnen Organisationen wie die Betriebsräte und ihre Vertrauensleute vor diesen Treibereien, durch die der französische Imperialismus der Ruhrbevölkerung seine Herrschaft aufzwingen wolle und fordert unter erneutem Appell an das Bewusstsein die sofortige Zurückziehung der widerrechtlich im Ruhrgebiet stationierten französischen und belgischen Truppen.

Wie kam es doch?

Von unserm Münchener Korrespondenten

Die Blamage der bayerischen Regierung, die über das ganze Land einen Ausnahmezustand verhängt, weil der national-sozialistische Führer Hitler ihr droht, seine Gewalt gegen die Staatsgewalt auszuüben, wird außerhalb der weißblauen Wände um so weniger erklärlich erscheinen, als die Regierung den Ausnahmezustand schon zwölf Stunden nach der Verhängung de facto aufgehoben hat. Der Reichsregierung hat sie davon überhaupt keine Kenntnis gegeben, weil bei dem Ausnahmezustand, um das Defizit zu wahren, schon in einigen Tagen wieder aufheben will. Angesichts solcher politischer Handlungsweise ist es sehr ernstlich innerpolitischen Kerne empfehlend es sich, rückwärts zu schauen. Dann zeigt sich erst, daß in dem Nimmensdanz an der Mar, der sich seit dem 24. 1. 1923 in München mit wechselnden Akteuren und mit dreifachen Dekorationen abspielte, so etwas wie eine Logik der Tatkraften zutage tritt.

Rekapitulieren wir: Das Muster eines „pflichtgetreuen Beamten“, der Regierungspräsident von Oberbayern v. Haber beteiligte sich im März 1920 an einer Verleumdung zum Sturz der Regierung Hoffmann und wird zum Lohn dafür von seinen Spießgesellen (u. a. Escherich) an die Spitze des Staates befördert. Als Gegenleistung hat er einen Kampf gegen das Reich, gegen die Republik und den „Marxismus“ (d. h. gegen die sozialdemokratische Arbeiterklasse) zu betreiben. Dieser Aufgabe entsprochen hat in der hinterhältigen Weise, die von jeher ein Kennzeichen der „Staatsmänner“ der alten Schule war. Seine positive Tätigkeit war darauf gerichtet, alle Bestrebungen zu unterstützen, die auf Verletzung der Reichseinheit hinariefen, die Republik und Demokratie ausschalteten. Ihm und seinem Führer ist es zu danken, daß sich in München eine Zentrale der Geheimbünde und Mörderkorporationen bilden konnte und die Nationalsozialisten sich zu einer Macht entwickeln konnten, die der Staatsautorität nicht nur spottet, sondern ihr sogar überlegen ist.

Weiter: Unter dem Rohrismus Koffen nicht nur Machenschaften einer reichsfeindlichen auf den Anschlag an Frankreich zielenden Politik üppig ins Kraut, die Rechtssprechung und die Verwaltung, entpuppten sich immer mehr als Werkzeuge einer auf die Reichsgerötterimmerung gerichteten Politik. Attrappe bildete der „Föderalismus“, dem Volksempfinden traten sie immer rücksichtsloser gegenüber, dem Rechtsbolschewismus zeigten sie dagegen weitgehendes Wohlwollen. Sein Reppist und kein Teilnehmer am Ruhr-Krieg ist in Bayern vor Gericht gestellt worden; die Rechtsprechung war unter dem Protektor der Maßschieber, dem Justizminister Roth, ausschließlich nach links eingestellt. In ihrem Uebereifer für die „nationale Idee“ erfuhren die Nationalsozialisten eine liebevolle Duldung. Selbst das deutsche Strafrecht wurde für alle Rechtsverbrecher in Bayern außer Kurs genommen, man braucht sich daher nicht zu wundern, daß das Gleiche bezüglich der Republik sich ereignete der Fall war. Das Ergebnis solcher bayerischen „Eigenart“ mußte naturgemäß zu einer Korruption der Beamenschaft, zum mindesten aber zu einer völligen Verwirrung ihrer Begriffe über ihre Pflichten führen. Wenn sollen sie folgen: einer macht- und hofflosen Schattenregierung oder dem Ehrenpräsidenten der „Vaterländischen Vereinigungen“ v. Haber, der von kurzer Hand die vom Ministerrat gefassten Beschlüsse in einer Unterredung mit „vaterländischgesinnten“ Männern zugunsten Hitlers durchkreuzte? So kam es, daß in dem Augenblick, in dem das Ministerium den Saktenkreuzlern ernstlich zuleide geben wollte, der ganze Verwaltungsapparat in München, Polizeidirektor Rath, die Anweisungen des „Generalstaatskommissars“ und Minister des Innern Dr. Schweyer nicht befolgte. In jedem andern Staate hätten solche Vorformnisse den Rücktritt der Regierung zur Folge gehabt. In Bayern hat jedoch das Rächerische und Unmögliche niemals gelüftet.

Angesichts der hier nur leicht stigierten Entwicklung Bayerns von dem Rohr-System zur national-sozialistischen Mafia erscheint die Erklärung des Ministerpräsidenten im Landtag über die Komödie des beinahe in Wirklichkeit getretenen Ausnahmezustandes nur als eine Bitte, die Verwirrung der bayerischen Regierung auch weiterhin als „berechtigter Stammeigentümlichkeit“ hinzunehmen zu lassen. Die Offiziere der Landespolizei werden daher auch weiter die militärische Ausbildung der national-sozialistischen Stotrupps besorgen, damit sie der staatlichen Wehrmacht, soweit auf deren Bundesgenossenkraft nicht zu zählen ist, ebenbürtig, wenn nicht überlegen gegenüberstehen können. Das Unbeschreibliche, in Bayern wird's getan! Selbst der Sinn der Worte ist verdreht worden, die Staatsautorität wollten die Ruhr, Verdenfeld und Aniling festigen, Ruhe und Sicherheit schaffen und sie ließen staatsverfehlende Elemente wie die Hitlerbanden wachsen und gedeihen, die Beamenschaft forrrumpieren. So schlagen die Witter noch immer die mit Blindheit, die sie verderben wollen.

Denn es ist kein Zweifel: Der jetzt geklönnene Waffenstillstand zwischen Hitler und Aniling dient dem erstgenannten nur dazu, sich für die von ihm angekündigte „Generalabrechnung“ zu rüsten, während die Position der Regierung immer klarer wird. Sie hat, wie die Sonne im

Neue Abwehrraufgaben

Der Konflikt über das Ruhrgebiet ist heute die Angelegenheit der Politik in Europa. Von seinem Ausgang hängt vieles Weitere ab. Nichts spielt im Leben der Völker eine so schlimme Rolle als enttäuschte Hoffnungen. Die französische Regierung ist augenblicklich bemüht, dem französischen Volk Sand in die Augen zu streuen. Sie läßt den Wirtschaftsjahresbericht der Troqueur „befriedigt“ aus Düsseldorf zurückkehren. Sie verurteilt Hoffnungen auf einen häßlichen Streit zwischen den deutschen Parteien zu wecken. Sie läßt Aushängeschilder aus dem Saargebiet unter der Levis „Ruhrkohle“ auf französisches Gebiet fahren. Das deutet auf wenig Gutes an.

Als sich die Dinge nach dem Einbruch in das Ruhrgebiet übersehen ließen, gab die deutsche Regierung das Stützwerk aus, mit den Kräften hauszuhalten und nur da in den Streit zu treten, wo es die Abwehraktion unbedingt erforderte. Das war ohne Zweifel eine Politik, die zweckmäßig schien. Sie hat sich in den ersten Wochen bewährt und hat zum Teil auch heute noch Erfolg. Infolge der Gegensätze der Franzosen ergibt sich heute jedoch auf einzelnen Gebieten ein verändertes Bild. Die Rheinischfabrik mußte gänzlich stillgelegt werden, da die Belagungsbehörden den Proctraum für sich in Anspruch zu nehmen drohten. Ähnlich verhält es sich auf den Strecken der Eisenbahndirektionen Ludwigshafen, Mainz, Trier und Köln (soweit der Bezirk Köln nicht in die englische Zone fällt). In Baden hat die Besetzung von Offenburg und Appenweier die Wirkung gehabt, daß das badische Bahnnetz und damit auch der badische Wirtschaftskörper in zwei nicht mehr direkt zusammenhängende Teile zerschnitten wurden. Im Ruhrgebiet wird der Verkehr selbst zwar zum Teil noch aufrecht erhalten, aber der Verkehr selbst wird durch die Verstopfung der Bahnhöfe immer illusorischer. Die Kohle, die nicht mehr in nennenswertem Umfange abtransportiert und kaum noch auf die Halde gestürzt werden kann, wird in Zukunft nur noch in immer beschränkterem Umfange zutage gefördert werden können. Das diese Zustände auch auf die andern Industrie-